

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Tommy Tabor und Rolf Wiedenhaupt (AfD)

vom 2. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. September 2025)

zum Thema:

**Verkehrssicherheit an der Kreuzung Goebelstraße / Jungfernheideweg für
Schulkinder: Planungsstand, Kommunikation und Maßnahmen der
Bezirksamtsverwaltungen Charlottenburg Wilmersdorf und Spandau**

und **Antwort** vom 17. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Sep. 2025)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD) und
Herrn Abgeordneten Rolf Wiedenhaupt (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23751
vom 2. September 2025
über Verkehrssicherheit an der Kreuzung Goebelstraße / Jungfernheideweg für Schulkinder:
Planungsstand, Kommunikation und Maßnahmen der Bezirksamtsverwaltungen
Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Bezirksämter Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin und Spandau von Berlin um Stellungnahmen gebeten. Sie werden in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Vorbemerkung des Bezirksamts Spandau:

„Die genannte Kreuzung liegt nicht im Bezirk Spandau. Daher bedürfen Maßnahmen an dieser Kreuzung keiner Abstimmung mit dem Bezirksamt Spandau.“

Frage 1:

Welche konkreten Planungen oder Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit an der Kreuzung Goebelstraße / Jungfernheideweg sind dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Bezirksamt Spandau jeweils bekannt bzw. von diesen in die Wege geleitet worden (z. B. Einrichtung von Zebrastreifen, Querungshilfen, bauliche Anpassungen, verkehrsregelnde Maßnahmen)?

Antwort zu 1:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf teilt hierzu mit:

„Im Rahmen eines Mobilitätskonzepts für Charlottenburg Nord wurde für den Kreuzungsbereich vorgeschlagen, Gehwegvorstreckungen baulich umzusetzen und eine Einbahnstraßenregelung in der Goebelstraße einzuführen. Eine konkrete Planung liegt hierzu nicht vor.“

Frage 2:

Befinden sich entsprechende Maßnahmen jeweils bereits in einem bestimmten Planungs- oder Umsetzungsstand?

- a) Wenn ja: Welche Maßnahmen genau und in welchem Stadium befinden sie sich (z. B. Prüfung, Vorplanung, Abstimmung, Haushaltsvorbehalt etc.)?
- b) Welche Fachabteilungen (z. B. Straßen- und Grünflächenamt, Schulamt, Straßenverkehrsbehörde) sind jeweils involviert?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf meldet hierzu Fehlanzeige.

Frage 3:

Welche Einschätzung zur Notwendigkeit sicherheitsfördernder Maßnahmen an dieser Kreuzung vertreten beide Bezirksämter, insbesondere im Hinblick auf die hohe Frequentierung durch Grundschulkinder der Robert-Reinick-Grundschule und Schüler des Carl-Friedrich-von-Siemens-Gymnasiums?

Antwort zu 3:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf teilt hierzu mit:

„Kreuzungsbereiche im Sinne der Schulwegsicherung entsprechend umzugestalten, erachtet das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf als sinnvoll. Da keine der beiden angesprochenen Schulen in der Zuständigkeit des Bezirks liegen, finden sie keine Erwähnung im bezirkseigenen Gutachten zur Schulwegsicherheit. Ein expliziter Maßnahmenvorschlag liegt hier nicht vor. Wie in der Frage zu 1. beantwortet, wird auf die Möglichkeit von Gehwegvorstreckungen verwiesen und die Einführung einer Einbahnstraßenregelung auf der Goebelstraße. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um Maßnahmenvorschläge aus einem Mobilitätskonzept, ohne den Fokus auf Schulwegsicherheit gelegt zu haben.“

Frage 4:

Wie häufig, in welcher Form und zu welchem Ergebnis haben die beiden Bezirksämter Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau seit dem Jahr 2010 untereinander kommuniziert oder sich abgestimmt, um die Situation an dieser Kreuzung im Sinne der Schulwegsicherheit zu verbessern? Welche dokumentierten Sitzungen, Schriftwechsel oder Arbeitsgespräche gibt es zwischen den beiden Bezirken zu diesem Thema?

Antwort zu 4:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf meldet hierzu Fehlanzeige.

Frage 5:

Welche Maßnahmen plant der Senat ggf. selbst oder in koordinierender Funktion mit Blick auf diese Kreuzung, insbesondere im Hinblick auf eine bezirksübergreifende Lösung?

Antwort zu 5:

Der Senat plant keine Maßnahmen an dieser Kreuzung, da sich diese im Straßennebennetz befindet und die Bezirke für Fragen der Schulwegsicherheit zuständig sind. Der Senat kann bezirkliche Maßnahmen der Schulwegsicherheit auf Anfrage unterstützen, z.B. durch die Bereitstellung von Finanzmitteln.

Berlin, den 17.09.2025

In Vertretung

Arne Herz

Senatsverwaltung für

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt